

Bürgermeister
Stephan Langhardt
Hauptstr. 14
58332 Schwelm

FDP-Schwelm
Geschäftsstelle
Schulstr. 15
58332 Schwelm
Der Fraktionsvorsitzende
Michael Schwunk
Tel.: 0 23 36 / 61 54
schwunk@fdp-schwelm.de

Schwelm, den 14.11.2024

Änderungsantrag der FDP zur Verwaltungsvorlage 151/24

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Langhardt,

Zur Verwaltungsvorlage Kitagebühren 151/24 stellt die FDP-Fraktion folgenden Änderungsantrag:

Antrag:

1. Die erste Stufe der Beitragserhebung beginnt erst über **20.000 €**.
2. Die weiteren Entgeltstufen werden ebenfalls um 1000 € angehoben. Es wird eine neue Stufe über **95.000 – bis 105.000 € und über 105.000 €** eingeführt.
3. Die Steigerungen erfolgen linear gleichmäßig bis **95.000 €** in Höhe von **3 %**, über **95.000 €** in Höhe von **5 %**, und über **105.000 €** in Höhe von **9 %**.
4. Die Mindereinnahmen sind durch Personalkosteneinsparungen und effiziente Bewirtschaftung im Haushaltsplan 06 entsprechend auszugleichen.

Begründung:

Die FDP-Fraktion hat es immer abgelehnt, die Haushaltssicherungssicherung im Wesentlichen nur auf Steuer- und Gebührenanpassungen gestützt wird. Im Haushaltssicherungskonzept der Stadt Schwelm wird alles erhöht, was erhöht werden kann: Dies betrifft die die Grundsteuer, die Gewerbesteuer, die Vergnügungssteuer und Hundesteuer, sowie die Verwaltungs- und Benutzungsgebühren. Diesen Steuer- Und Gebührenhöhungen muss in einem gleichen Umfang Sparmaßnahmen gegenüberstehen. Dies muss bei den jetzt anstehenden Gebührenerhöhungen aus unserer Sicht berücksichtigt werden.

Schwelm muss auch kinder- und elternfreundlicher werden. Dazu ist es notwendig, auch zu den Kitagebühren einen interkommunalen Vergleich anzustellen. Nachbarkommunen wie Ennepetal und Wuppertal beginnen mit der Gebührenerhebung erst ab 20.000 €, daher sollte eine entsprechende Anpassung erfolgen. Auch die weiteren Stufen sollten entsprechend angepasst werden. Dies ist notwendig, um den Effekt der kalten Progression auch bei den Kitagebühren zu vermeiden. Zudem liegen die Gebühren in den Nachbarstädten sehr deutlich unterhalb des Niveaus von Schwelm, gegenüber Ennepetal liegt Schwelm schon jetzt doppelt so hoch. Durch die geplante Erhöhung durch den Verwaltungsvorschlag würde sich Schwelm noch weiter entfernen. Viele Eltern werden dann diese Stadt nur noch meiden, wenn Sie denn können. Das ist eine unsoziale und kinderunfreundliche Politik, die Eltern einseitig und maßlos zusätzlich belastet. Die Belastungen der Bürger steigen teils um **28 %**, das ist nicht vermittel- und vertretbar. Auch die Entgeltstaffel über 114.000 € betrifft viele Familien der Mittelschicht, die nur in die Entgeltgruppe durch ihren Doppelverdienst kommen. So liegt das Durchschnittseinkommen in der Metallindustrie über 60.000 €. Schwelm belastet daher mit solch maßlosen Erhöhungen die gesellschaftliche Mitte der Stadt. Gerade in Zeiten nach einer hohen Inflation mit Realeinkommensverlusten muss alles vermieden, was diese Verluste noch weiter erhöht.

Die FDP-Fraktion hat daher ein neues Berechnungsmodell erarbeitet. Dies berücksichtigt die gestiegenen Einkommen gerade auch im unteren Bereich, so dass es sozial geboten ist, die Einkommensgrenzen anzupassen. Im Übrigen wird eine lineare Anpassung über fast alle Entgeltgruppen vorgenommen, die dann im Ergebnis kaufmännisch gerundet werden sollte. Die neuen Einkommensgruppen im höheren Einkommensbereich werden in der Beitragskurve mehr berücksichtigt, im Ergebnis liegt der FDP-Vorschlag aber knapp 20 % unter dem Verwaltungsvorschlag.

Die Mindereinnahmen sollten daher mit Einsparungen in gleichem Umfang kompensiert werden. Beispiele hierzu sind die Verschiebung und Begrenzung Verschiebung von Unterhaltsaufwendungen, die effizientere Gebührenerhebung und Verwaltungskosteneinsparung durch Digitalisierung und die anteilige Kürzung der freiwilligen Leistungen insbesondere im Haushaltsbereich 06.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Schwunk

Fraktionsvorsitzender